



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/68

21. März 1950

Eine gefährliche Auslegung

Von Dr. Arnold Hille, München, M.d.L.

Vor einigen Tagen hatte sich der Rechts- und Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages mit der Frage zu befassen, ob ein am 30.6.37 erlassenes Gesetz des früheren Reiches (über die Ablösung von Holzrechten usw.) nunmehr Bundesrecht geworden sei und

die Länder mithin kein Recht mehr hätten, dieses Gesetz abzuändern bzw. auf diesem Gesetz beruhende Rechtsverordnungen zu erlassen.

Die Diskussion wurde veranlasst durch einen Beschluss auf einer Zusammenkunft der Vertreter der Länder und des Beauftragten des

Bundesministers für Landwirtschaft und Forsten, wonach das genannte Gesetz gemäss Art. 125 des Bonner Grundgesetzes Bundesrecht

geworden sei und mithin die Länder nicht mehr das Recht hätten, von sich aus auf dem in Frage kommenden Rechtsgebiet Regelungen

zu treffen, die eine Abweichung von diesem Gesetz bedeuten können. Lediglich Bayern hatte sich gegen diesen Rechtsstandpunkt verwahrt.

Der Rechts- und Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages vertrat den Standpunkt, dass der Art. 74 des Grundgesetzes auch auf

die noch in Geltung befindlichen früheren Reichsgesetze Anwendung zu finden habe. Der Vertreter der CSU, Landtagsabgeordneter Dr.

Lacherbauer, prägte dabei den Satz: "in dubio pro Bavaria".

Das Thema ist von grosser Bedeutung. Es handelt sich dabei um die Frage, inwieweit die Länder berechtigt sind, auf dem Gebiete

der konkurrierenden Gesetzgebung Gesetze zu erlassen, soweit der Bund von seinem diesbezüglichen Recht keinen Gebrauch gemacht hat.

Dieses Recht ist von vornherein durch die Bestimmung des Art. 72, Abs. 2 des Grundgesetzes eingeschränkt. Hiernach kann der Bund nur

dann ein Gesetz im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung erlassen, wenn "eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung einzelner

Länder nicht wirksam geregelt werden kann oder die Regelung durch ein Landesgesetz die Interessen anderer Länder oder der Gesamt-

heit beeinträchtigen könnte oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit

der Lebensverhältnisse, über das Gebiet eines Landes hinaus es erfordert".

Nachdem die Vertreter aller Länder, bei neutraler Haltung des Vertreters von Württemberg-Baden, sich in Gegensatz zur bayerischen Auffassung gestellt haben, gilt es, hier eindeutige Klarheit zu schaffen. Das kommende Bundesverfassungsgericht wird hierzu allein berufen sein. Ohne seine Entscheidung vorwegzunehmen, wird sie wahrscheinlich dahin zu lauten haben, dass in jedem Falle, wenn das besondere Interesse eines Landes das gebietet, nachgeprüft werden muss, ob ein noch in Geltung befindliches früheres Reichsgesetz den Erfordernissen des Art.72, Abs.2 des Grundgesetzes entspricht. Jede Generalnorm, wie überhaupt jede Generalisierung, birgt Gefahren in sich. Es ist durchaus denkbar, dass auf einzelnen Rechtsgebieten nur für bestimmte Länder Rechtsregelungen erforderlich sind, an denen andere Länder kein besonderes Interesse haben, weil es hier an den Voraussetzungen für eine entsprechende Regelung fehlt. Worauf es allein ankommt, ist, sich gegen jeden Versuch zur Wehr zu setzen, die Einheit des Bundes durch eine willkürliche Rechtsauslegung des Grundgesetzes zu gefährden. Jeder Versuch in dieser Richtung muss aber die Einheit stören, die das Ergebnis monatelanger Auseinandersetzungen und gegenseitiger politischer Abmachungen im Rahmen des Parlamentarischen Rates ist. Jede Kasuistik auf diesem Gebiet ist gefährlich.

Genau so, wie es dem Abgeordneten eines Länderparlamentes verwehrt sein muss, aus seiner Rechtsauffassung heraus das Grundgesetz zu interpretieren und seiner Interpretation durch Mehrheitsbeschluss des Länderparlaments Geltung zu verschaffen, so wenig dürfen Ländervertreter berechtigt sein, notwendigen Entscheidungen des kommenden Bundesverfassungsgerichtes durch Beschlüsse vorzugreifen, die ihrer Natur nach, auch wenn sie mit Mehrheit gefasst werden, unverbindlich sind.

(Vorbemerkung für die Redaktion:

Der Beitrag ist für die Ausgabe vom 27. März gedacht.)

Unheilvoller Flottenbau

.....
Vor 50 Jahren siegten die Imperialisten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.

Es sind jetzt gerade 50 Jahre vergangen, seit in der Rüstungs- politik des Deutschen Kaiserreiches ein grundsätzlicher Wandel ein-

trat. In der Bismarckzeit war man sorgfältig darauf bedacht gewe- sen, den beiden hochgerüsteten Nachbarn im Osten und im Westen zu

Landen überlegen zu bleiben und im übrigen in die Verwicklungen der Weltpolitik nicht hineingezogen zu werden. Erst Wilhelm II. bezeig-

te der Seerüstung seine besondere Aufmerksamkeit. Im Jahre 1897 fand er in der Person des Admirals von Tirpitz den Mann, der seine Ideen

in die Tat umzusetzen vermochte. Der Kaiser stellte ihn an die Spitze des Reichsmarineamtes und gab ihm Hilfstellung für eine erste Flot-

tenvorlage, die Anfang 1898 verabschiedet wurde. In der Welt horchte man auf, beruhigte sich jedoch, als Tirpitz im Reichstag die feier-

lichsten Versicherungen abgab, dass weitere Forderungen nicht ge- stellt werden würden.

Dass bereits zwei Jahre darauf der Reichstag mit einer Förde- rung nach Verdopplung der deutschen Schlachtflotte überrascht wur-

de, ist eines der katastrophalsten Ereignisse der neueren deutschen Geschichte. Am 27. März 1900 setzte Tirpitz dem Haushaltsausschuss

des Reichstages auseinander, dass zu bewilligen seien: 2 Flotten- flaggschiffe, 4 Geschwader zu je 8 Linienschiffen, 8 grosse und

24 kleine Kreuzer, dazu für eine Auslandsflotte 3 grosse und 2 klei- ne Kreuzer und eine grössere Ausfallreserve. Zur Begründung sagte

er, daß "unsere Interessen auf eine gesunde Grundlage nur durch Macht gestellt werden können." Und: "Unserer Politik fehlt bisher

völlig der Begriff der politischen Bedeutung der Seemacht."

Der Alldeutsche Verband, der die Sympathien des deutschen Vol- kes für die Buren politisch ausnutzte, und der von Tirpitz gegrün-

dete Flottenverein sprangen dem Admiral propagandistisch bei.

Die Nationalliberalen waren auch gleich mit von der Partie. Sie kämpften unsso fanatischer für Seeraufrüstung und Weltverkehr, als

dabei die Industrie einen schönen Batzen Geld verdiente. Die zunächst zurückhaltenden Konservativen, die für die uneingeschränkte Vor-

machtstellung der altpreussischen Armee fürchteten, fügten sich schnell dem dringenden Wunsche des Kaisers. Den Ausschlag gab das

Zentrum: mit parlamentarischen Abenden und Flottenfahrten, mit klugen Verheissungen und Pöstchen wurde es für die Tirpitzschen Pläne

gewonnen.

Mit stärkstem Nachdruck bekämpfte - ausser dem freisinnigen Führer Eugen Richter - nur die Sozialdemokratie die unheilvolle See-

rüstung. Bei der Schlußberatung am 12. Juni 1900 sagte August Bebel: "Als stärkste Landmacht können wir unmöglich auch noch eine erste

Seemacht sein. England werden wir zur See doch nicht einholen." Er warnte vor den Gefahren des Weges, der hier beschritten wurde. Tir-

pitz behauptete demgegenüber, daß den Gegnern seiner Vorlage "der Welthorizont verkümmert" sei. Zu bald zeigte sich, dass nur sie die

Lage richtig beurteilten. Die Verdopplung der deutschen Schlachtflotte, die mit 201 gegen 103 Stimmen beschlossen wurde, führte Großbrit-

annien geradewegs den Franzosen in die Arme, und ein knappes halbes Jahrzehnt später war die Tripleentente London-Paris-Petersburg fer-

tig. Das hatte in erster Linie Tirpitz durch seine Flottenvorlage fertig gebracht.

In den Erinnerungen des Marinestaatssekretärs findet sich die interessante Feststellung, dass die Vorlage auch innenpolitische

Ziele verfolgte. "In der Flottenpolitik lag"-so schreibt er-"auch eine starke Waffe gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten."

Er rechnete auf intensive Wirkung der von ihm aufgepeitschten nationalistischen Instinkte. Die Sozialdemokratie konnte er dennoch nicht von ihrer Arbeit im Dienste der Völkerverständigung ablenken. Aber der Reichstag war durch das Gesetz vom 12. Juni 1900 völlig aus der Flottenpolitik ausgeschaltet. Die einzelnen Etappen der Marinerrüstung waren auf 20 Jahre festgelegt. Als die Briten 1906 Dreadnaughts zu bauen begannen, folgte Deutschland automatisch nach. Tirpitz hatte dafür die Vollmachten. Immer hielt er die irre Hoffnung aufrecht, daß "England schließlich nicht in der Lage sein würde, seine maritime Überlegenheit zu behaupten." Deshalb sabotierte er 1911 die Mission des Lords Haldane, der für einen Verzicht auf übersteigerte deutsche Kriegsschiffbauten afrikanische Kolonien anbot. So machte Tirpitz der Kriegsmaschine den Weg in die Katastrophe frei.

"Zu kämpfen und zu sterben wissen..."

sp. Abermals hat sich die alte Erfahrung bestätigt: Tritt man dem östlichen Machtanspruch, wann, wo und in welcher Form er sich büßern mag, entschieden entgegen, so ist in 90 von 100 Fällen ein mehr oder weniger geschickt getarnter Rückzug die Folge. So ist es auch bei der propagandistischen Vorbereitung des Pfingstaufmarsches der FDJ in Berlin.

Zuerst hatte Dr. Schumacher für die Vorbereitung wirksamer Abwehrmassnahmen plädiert. Später erliess Oberbürgermeister Reuter ein Kundgebungs- und Versammlungsverbot für die FDJ im Westsektor Berlins. Zuletzt hörte man, dass die Höheren Kommissare Pfingsten in Berlin verleben würden und dass den Angehörigen der amerikanischen Zentralverwaltung in Deutschland empfohlen worden sein soll, den Pfingsturlaub möglichst zahlreich in Berlin zu verbringen. Das ist nicht mehr als ein Hinweis. Aber alles in allem hat die deutsche Absicht, sich keinesfalls einschüchtern zu lassen, zur Folge gehabt, dass von den beteiligten östlichen Stellen jetzt plötzlich in der Öffentlichkeit betont friedliche und harmlose Kommentare zu dem Charakter dieses Aufmarsches gegeben werden.

Diese Tendenz steht freilich in einem klaren Gegensatz zu der internen Paroleausgabe und zu den wirklichen Absichten. So hat der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Siewert, in einem FDJ-Funktionsärtskreis in Halle erklärt:

"So wie die heldenhaften Soldaten der Roten Armee zu kämpfen und zu sterben wussten, um uns die Freiheit nach Deutschland zu bringen, genauso wird unsere fortschrittliche sozialistische Jugend der Ostzone zu kämpfen und zu sterben wissen, wenn es sich jetzt darum handelt, Berlin und Westdeutschland die Freiheit zu bringen".

Im übrigen wird in unterrichteten Kreisen allgemein angenommen, dass der Aufenthalt Ulbrichts in Moskau vor allem dem Zweck dient, sich bis ins einzelne mit den sowjetischen Intentionen für diese "spontane Willenskundgebung des deutschen Volkes" vertraut zu machen. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass dabei ebenso "spontane Forderungen der deutschen Bevölkerung" an die sowjetische Besatzungsmacht herauskommen werden, die auf eine noch festere Abhängigkeit Ost- und Mitteldeutschlands von der Sowjetunion

hinauslaufen.

Es ist das erste Mal nach dem Ende der Blockade, dass hier von russischer Seite eine neue grosse politische Offensive begonnen wird, um auf diese Weise verlorenes Terrain zurückzugewinnen und eine neue Periode der Verwirrungs- und Ermüdungstaktik zu eröffnen.

- o - o -

Nun auch Bereinigung in den Behörden

H.Halle (Saale)

Nachdem in den Volkspolizeistellen der Ostzone die Bereinigung vollzogen ist und alle Polizeiangehörigen entfernt wurden, von denen Angehörige in den Westzonen ansässig sind oder Kriegsgefangene der Westmächte waren, ist unter den gleichen Gesichtspunkten nunmehr die Bereinigung auch für die behördlichen Verwaltungsstellen von der Zentrale bis hinab zu den Kreisverwaltungen vorbereitet. Die Entlassungstermine sind für diese Verwaltungsstellen zum 1. April 1950 festgelegt.

Über die Gründe für diese Massnahmen wurde in den Dienstbesprechungen der Polizeiamtsleiter und -kommissare mitgeteilt, dass mit der über kurz oder lang bevorstehenden gewaltsamen oder legalen Schaffung eines einheitlichen Deutschland die Verwaltungs- und Polizeidienststellen in den Westzonen sofort durch zuverlässige Kräfte aus der DDR (Sowjetzone) besetzt werden müssten. Als zuverlässig aber könnten keineswegs Beamte angesehen werden, die mehr oder weniger enge persönliche Beziehungen nach Westdeutschland haben.

- o - o -

Bemerkenswerte Einsicht

Ein in Fachkreisen sehr bekannter, privater wirtschaftlicher Informationsdienst, der politisch der Regierungskoalition nahesteht, und dessen Bezüher vor allem Unternehmer sind, schreibt in seiner letzten Ausgabe u.a.:

"Die 'Krisenstimmung' in Bonn, von der hier die Rede ist, ergibt sich meines Erachtens auch nicht so sehr aus den Gegensätzlichkeiten innerhalb der Koalition als vielmehr daraus, dass nicht rechtzeitig und nicht wirkungsvoll genug Massnahmen gegen das vorauszusehende Anwachsen der Arbeitslosigkeit ergriffen und energisch durchgeführt worden sind.

Hier dürfte nun allerdings wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass die SPD als Koalitionspartner mit allem Nachdruck beschleunigte Massnahmen schon vor Beginn des Winters durchgesetzt und damit einer Situation vorgebeugt hätte, wie sie inzwischen auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Es ist wirklich schwer zu verstehen, wie die Regierung dieser sich schon im Herbst abzeichnenden Krise mit soviel abwartender Haltung gegenüberstehen konnte.

Dazu kommt die dilatorische Handhabung des Vorfinanzierungsproblems. Nicht genug, dass damit reichlich spät begonnen wurde, hat man den fatalen Eindruck, dass die Dinge sich auch heute noch in höchst bedenklicher Weise hinauszögern. Wie lange? Soll es Ende April, soll es Mai werden, bevor ein Anfang mit der Realisierung des 300 Mill.-Programms gemacht wird? Mit einigen anderen Positionen des 900 Mill.-Programms steht es ähnlich. Und dabei dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass eine durchschlagende Wirkung des ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramms nur mit einer ausgesprochenen Stosswirkung der Vorfinanzierung überhaupt erreicht werden kann.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau